

## Stahnsdorf: Geplantes Zoll-Trainingszentrum erneut gescheitert

Bund stoppt Bau des Zoll-Trainingszentrums in Stahnsdorf wegen rechtlicher Unsicherheiten. Kritik an Umweltschutzklage.

Stand: 20.08.2024 11:08 Uhr

In Stahnsdorf, einem Ort im Landkreis Potsdam-Mittelmark, gab es zuletzt große Hoffnungen für ein neues Zoll-Trainingszentrum. Nach intensiven Vorbereitungen und Standortanalysen, die bereits 2021 abgeschlossen wurden, wurde Stahnsdorf als idealer Platz für das bundesweit angestrebte Projekt ausgewählt. Doch nun sorgt eine überraschende Wendung für Enttäuschung in der Gemeinde: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) hat die Pläne zur Realisierung des Projekts eingestellt.

Der Grund dafür ist die Einschätzung, dass der Bau an der Alten Potsdamer Landstraße nicht rechtssicher und wirtschaftlich durchführbar sei. Diese Nachricht hat Bürgermeister Bernd Albers von der Wählergemeinschaft „Bürger für Bürger“ veranlasst, zu erklären: „Das ist kein guter Tag für Stahnsdorf“. Der geplante Bau hätte nicht nur die lokale Identität Stahnsdorfs gestärkt, sondern auch der Gemeinde wichtige infrastrukturelle Verbesserungen versprochen.

### Gründe für die Absage

Ein weiterer Aspekt, der zur Absage des Projekts führte, ist die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland

(BUND). Diese Organisation hat Bedenken geäußert, dass beim Bau geschützte Biotop gefährdet würden. Die Gemeinde stellte dazu fest, dass die Entscheidung der BIma die Vermutung nahelegt, dass man die Klage als erfolgversprechend einschätzt. Diese rechtlichen und umwelttechnischen Schwierigkeiten haben somit stark zur Entscheidung beigetragen, den Bau einzustellen.

Ursprünglich war das Ziel des Bundes, elf Trainingszentren für den Zoll in ganz Deutschland zu errichten. Diese sollen dazu dienen, die Unabhängigkeit von externen Anbietern für Dienstsport, Selbstverteidigung, Schieß- und Einsatztraining zu fördern. Ein solches Zentrum in Stahnsdorf hätte hier eine Schlüsselrolle gespielt, da es neben Schießständen auch eine große Sporthalle vorgesehen hatte, die die Gemeinde in der Schulsportnutzung hätte einbeziehen können.

Bereits im Jahr 2020 begann das Planungsverfahren in Stahnsdorf und es schien, als könnten die Bürger auf baldige Fortschritte hoffen. Die erneute Absage hat nun die Erwartungen zum Platzen gebracht und die Gemeinde muss sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass das Projekt erst einmal auf Eis gelegt wird.

Die Neuigkeit, dass mit dem Vorhaben vorerst nicht zu rechnen ist, hat auch Auswirkungen auf die geplanten Infrastrukturmaßnahmen, die in Zusammenhang mit dem Bau gedacht waren. Die Künstlicherhaltungslisten und somit die weiteren Schritte zur Erneuerung von Straßen und anderen Einrichtungen sind nun ebenso ungewiss.

## **Ausblick und Reflexion**

Diese Entwicklung wirft einen Schatten auf die Pläne des Bundes und könnte Anlass zur Besorgnis für andere Kommunen sein, die ähnliche Projekte in Planung haben. Der Widerstand durch Umweltorganisationen zeigt, dass solche Vorhaben oft nicht nur von wirtschaftlichen Überlegungen abhängig sind, sondern auch

tiefere rechtliche und umweltschutztechnische Überlegungen erfordern. Es bleibt abzuwarten, wie die Bima und die verantwortlichen Stellen auf diese Herausforderung reagieren werden und ob in Stahnsdorf vielleicht in Zukunft andere Lösungen gefunden werden können, die gleichzeitig den Interessen des Umweltschutzes Rechnung tragen.

Das Projekt in Stahnsdorf, das nun gekippt wurde, ist nicht das erste Vorhaben, das aufgrund von Umweltbedenken in Deutschland aufgegeben wurde. In der Vergangenheit gab es bereits mehrere Beispiele, bei denen geplante Bauprojekte aufgrund von Klagen von Naturschutzorganisationen gestoppt wurden. Oft ist die Debatte um die Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Naturschutz geprägt von emotionalen Auseinandersetzungen und komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen.

## **Aufgaben des Zolls und sichere Standorte**

Die Bundesregierung verfolgt mit der Errichtung von Trainingszentren für den Zoll das Ziel, die eigenen Ausbildungsstätten zu verbessern und die Abhängigkeit von externen Schulungsanbietern zu reduzieren. Die Zollsicherheit ist von zentraler Bedeutung, da sie wesentlich zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und zur Bekämpfung von illegalen Aktivitäten beiträgt. In dieser Hinsicht waren Standorte in der Nähe von großen Verkehrswegen und wichtigem Infrastruktur von Bedeutung, um eine optimale Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Die Klage des BUND bezüglich des Stahnsdorfer Projekts zeigt, wie sensibel das Zusammenspiel zwischen Umweltschutz und Infrastrukturprojekten ist. Laut Informationen des BUND könnte die Absage an das Projekt auch auf die Bedürfnisse des Naturschutzes und die Sicherung von Biotopen hinweisen, was für zukünftige Planungen von Bedeutung sein kann. Solche Probleme verdeutlichen, dass der Umweltschutz in Deutschland einen hohen Stellenwert hat und dass Bauprojekte sorgfältig

abgewogen werden müssen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben alternative Standorte finden wird, die sowohl den Bedürfnissen des Zolls als auch den Auflagen des Naturschutzes gerecht werden können. Insbesondere in städtischen Regionen wie Berlin-Brandenburg gibt es häufig Spannungen zwischen der Notwendigkeit neuer Infrastruktur und dem Schutz der Umwelt.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**